

Medienmitteilung

Donnerstag, 29. Oktober 2009

Trotz Krise – GSoA will 10'000 Arbeitsplätze vernichten

Schweizer Wirtschaft warnt geschlossen vor den Folgen der Exportverbots-Initiative

Die Exportverbots-Initiative der GSoA entzieht einem ganzen Industriezweig die Existenzgrundlage, vernichtet 10'000 Arbeitsplätze und Hunderte von Lehrstellen. Zusätzlich kostet die zehnjährige Unterstützungspflicht des Bundes den Steuerzahler über 500 Millionen Franken. Und das ohne Aussicht, dass die staatlich verordnete Konversion nachhaltig Erfolg haben könnte. Im Gegenteil. Damit würden nur Arbeitsplätze in bereits bestehenden Unternehmen gefährdet. Die Spitzen der Schweizer Wirtschaftsverbände warnen an einer gemeinsamen Medienkonferenz vor den Folgen der Initiative und empfehlen ein Nein.

„Die GSoA-Initiative entzieht einer ganzen Branche und vielen Zulieferern und Dienstleistern dieser Branche die Existenzgrundlage. Als Folge davon sind mehr als 10'000 Arbeitsplätze akut gefährdet“, sagt Pascal Gentinetta, Direktor von economiesuisse. Die Initianten verlangen, dass die vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen während zehn Jahren unterstützt werden. Das kostet die Steuerzahlenden über 500 Millionen Franken. Die staatlich verordnete Konversion hat kaum Aussicht auf Erfolg, würde aber bereits bestehende Unternehmen krass benachteiligen und weitere Arbeitsplätze gefährden.

Die schweizerische Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie ist von der Wirtschaftskrise besonders betroffen. Bereits sind 17'000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Für Swissmem-Direktor Peter Dietrich ist klar: „Das Umfeld ist alles andere als geeignet für die unnötige Vernichtung von weiteren Arbeitsplätzen.“ Die Initiative entzieht der Schweizer Sicherheits- und Wehrindustrie von einem Tag auf den anderen komplett den Zugang zu ausländischen Absatzmärkten. Das würde für viele Unternehmen das Aus bedeuten, da der Inlandmarkt zu klein ist. Der Wegfall der militärischen Sparte trifft auch die Entwicklung und Produktion von zivilen Gütern, da auch dort Mengeneffekte entfallen.

Hans-Ulrich Bigler hebt hervor, dass die Initiative nicht nur bekannte Rüstungsunternehmen, sondern auch zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe trifft. Der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands weist darauf hin, dass „insbesondere in Rand- und Gebirgskantonen ein nicht akzeptabler Verlust an hochqualifizierten Arbeitsplätzen und Lehrstellen droht“. Die Initiative ist aus Sicht des Werk- und Ausbildungsplatzes klar abzulehnen.

Auch für Ulrich Schürch, Präsident der Groupe Romand pour le Matériel de Défense et de Sécurité ist der drohende Arbeitsplatzabbau inakzeptabel: „Die Initiative vernichtet über 10'000 Arbeitsplätze, 3000 davon in der Romandie.“ Die Schliessung oder Verschiebung von Unternehmen ins Ausland schadet nicht nur der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Industrie. Auch die Abhängigkeit vom Ausland nimmt zu, was unsere Sicherheit mindert. Denn im Krisenfall stehen im Ausland die Bedürfnisse der neutralen

Schweiz nicht an vorderster Stelle. Die aktuelle Politik, mit der europaweit strengsten Gesetzgebung und einer restriktiven Anwendung ist ausgewogen und wird den verschiedenen Interessen gerecht. Deshalb empfiehlt auch Schürch ein Nein.

Rückfragen:

Pascal Gentina, economiesuisse: 044 421 35 35

Peter Dietrich, Swissmem: 044 384 41 11

Hans-Ulrich Bigler, Schweizerischer Gewerbeverband: 079 285 47 09

Ulrich Schürch, GRPM: 076 349 31 80

Pressekonferenz der Wirtschaft
Trotz Krise – Die GSoA will 10'000 Arbeitsplätze vernichten
Donnerstag, 29. Oktober 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Die GSoA-Initiative kostet 10'000 Arbeitsplätze und 500 Millionen Franken

Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte gleich zu Beginn festhalten, dass es bei dieser Abstimmung nicht um Krieg oder Frieden geht. Die Schweizer Wirtschaft hat grosses Interesse an den weltweiten Friedensbemühungen. Aber es nützt nichts, die Augen vor der Realität zu verschliessen. Es gibt kriegerische Auseinandersetzungen. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt jedoch, dass die Waffen in der überwiegenden Mehrheit der Länder zur Verteidigung eingesetzt werden. So auch in der Schweiz. Wir haben das Recht uns zu verteidigen. Deshalb haben wir ja auch eine eigene Rüstungsindustrie. Für die Aufrechterhaltung dieser Industrie sind die Unternehmen allerdings auf Exporte angewiesen. Damit die Exportgüter nicht missbraucht werden, darüber wacht der Bundesrat auf Grundlage einer strengen Gesetzgebung. Heute wollen wir aber vor allem die wirtschaftlichen Aspekte der Exportverbots-Initiative erläutern.

Der gemeinsame Auftritt der Wirtschaftsdachverbände und der direkt betroffenen Branche zeigt: Die Schweizer Wirtschaft lehnt die Exportverbots-Initiative der GSoA in aller Deutlichkeit ab. Die GSoA-Initiative entzieht einer ganzen Branche und vielen Zulieferern und Dienstleistern dieser Branche die Existenzgrundlage. Als Folge davon schliessen nicht nur Unternehmen ihre Produktionsstätten. Die Realität ist, dass Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Wirtschaft geht von insgesamt mehr als 10'000 akut gefährdeten Stellen aus. Im Hinblick auf die am 29. November anstehende Abstimmung hat der Bund eine Studie in Auftrag gegeben, die die zu erwartenden Auswirkungen untersuchen sollte. Auf deren Zahlen basieren die Aussagen des Bundesrates. Berücksichtigt sind dabei aber nur die direkt betroffenen Hersteller von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern, wie auch deren Zulieferer.

Hingegen werden die Auswirkungen auf Produkte, die sowohl zivil als auch militärisch verwendbar sind, in dieser Studie nicht berücksichtigt. Weshalb: Gemäss dem Initiativ-Text sind diese Produkte von der Initiative vermeintlich nicht betroffen. Mit dieser Behauptung erzählen die Initianten nur die halbe Wahrheit. Denn die Praxis sieht ganz anders aus. Peter Dietrich wird ihnen genau zeigen, dass indirekt

auch zivile Güter betroffen sind. Genauso wie der örtliche Bäcker oder Maler betroffen sein kann. Dazu mehr dann im Referat von Hans-Ulrich Bigler.

Wenn alle diese Folgen berücksichtigt werden, so ist sogar mit mehr als 10'000 Arbeitsplätzen zu rechnen, die im Falle einer Annahme der Initiative vernichtet würden. Entsprechend hält auch der Bundesrat in seiner Botschaft fest, dass sich die in der Studie genannten 5'100 Arbeitsplätze leicht verdoppeln könnten, wenn auch die Auswirkungen auf die Produkte, die sowohl zivil wie auch militärisch nutzbar sind, berücksichtigt werden. Demnach sind also mehr als 10'000 Arbeitsplätze akut gefährdet. Die Hälfte davon in Zulieferfirmen.

Konversionshilfe taugt nichts

Die Vernichtung dieser 10'000 Arbeitsplätze kann auch durch die 10-jährige Unterstützungspflicht des Bundes nicht gemildert werden. Bis heute gibt es kein einziges Beispiel einer gelungenen, staatlich verordneten Konversion. In vielen betroffenen Unternehmen ist die Firmenkultur im Hinblick auf Qualität, Genauigkeit und auch Sicherheit sehr ausgeprägt. Diesen speziellen unternehmerischen Geist lässt sich nicht einfach so künstlich in einen anderen Markt verpflanzen.

Zudem: Was würde eine solche Konversion für die verschiedenen Wettbewerber bedeuten? Die zu konvertierenden Firmen müssten künstlich in andere Märkte eindringen. Dort müssten sie versuchen die bereits bestehenden Firmen zu verdrängen. Aufgrund der Bundeshilfe würde jedoch der Wettbewerb krass verzerrt und die Arbeitsplätze gingen bei den ursprünglich in diesen Märkten tätigen Firmen verloren. Es käme zu einer Verschiebung der Arbeitsplatzverluste hin zu Unternehmen und Arbeitnehmern, die nicht auf die Bundeshilfe zählen können. Dies ist ein ordnungspolitischer Unsinn, der weder vom Bund noch von der Wirtschaft gewollt ist.

Initiative kostet Steuerzahler mindestens 500 Millionen Franken

Hinzu kommt, dass der Bund in der entscheidenden ersten Phase des Exportverbots noch gar keine Hilfsgelder ausrichten könnte. Dazu müssten zuerst die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Der entsprechende Prozess braucht erfahrungsgemäss seine Zeit, in der die Betroffenen ohne die Unterstützung im Regen stehen würden. Obwohl die Konversionshilfe also keinen Nutzen hat und ihr Ziel inhaltlich und zeitlich verfehlt, würden dem Bund allerdings sofort enorme Kosten entstehen. Die Studie von Bak Basel Economics kommt zum Schluss, dass dem Bund durch die Konversionshilfe, die höheren Kosten für die Sozialwerke und die entstehenden Steuerausfälle Kosten von mindestens 500 Million Franken entstehen. Bezahlen müssten das die Steuerzahler. Also jeder und jede einzelne von uns. Je nachdem wie die Konversionshilfe ausgestaltet wird, können die Kosten aber auch noch deutlich höher ausfallen. Der Bund müsste also hunderte Millionen Franken Steuergeldern ausgeben, für eine Aufgabe, die ihm völlig unnötigerweise übertragen würde. Die Initiative ist deshalb auch finanzpolitisch unsinnig.

Eigentliches Ziel der Initiative: Schwächung der Armee

Trotz dem untauglichen Versuch der Initianten die Auswirkungen ihrer Vorlage zu mildern bliebe es bei 10'000 Arbeitsplätzen die mutwillig vernichtet würden. Hinter jedem dieser 10'000 Arbeitsplätze steht ein Einzel-Schicksal. Stossend ist, dass die Initianten dies als nötigen Schaden auf dem Weg zur Abschaffung der Armee in Kauf nehmen. Denn darum geht es der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee ja eigentlich. Weil das Stimmvolk es zweimal abgelehnt hat, die Armee direkt abzuschaffen, versuchen es die Initianten jetzt durch das Hintertürchen indem sie die Armee schrittweise schwächen wollen.

Initiative steht erst recht in Zeiten der Krise quer in der Landschaft

10'000 Arbeitsplätze mutwillig zu vernichten ist aus unserer Sicht zu keinem Zeitpunkt zu rechtfertigen. Angesichts der ohnehin steigenden Arbeitslosigkeit steht die Initiative aber jetzt erst recht komplett quer in der Landschaft. Denn trotz der teilweise positiven Anzeichen am „Konjunktur-Himmel“ zeichnet

sich bei der Arbeitslosigkeit noch keine Entspannung ab. Diese hinkt erfahrungsgemäss dem Verlauf der Konjunktur hinten nach. Die schwierige Stellensuche für die Betroffenen würde durch die zusätzlichen Arbeitslosen nur noch schwerer. Es erstaunt daher, dass die Linke die Initiative unterstützt. Gerade diese Kreise werden ansonsten nicht müde zu betonen, dass sie sich für die Arbeitnehmer einsetzen. Hier begehen sie aber einen offensichtlichen Verrat an den Interessen der Arbeitnehmer. economiesuisse steht demgegenüber für den Wirtschaftsstandort Schweiz und hiesige Arbeitsplätze ein und sagt Nein zur Exportverbots-Initiative.

Drei Hauptgründe gegen die Zwängerei der GSoA

Kurz zusammengefasst sprechen drei Hauptgründe gegen die Exportverbots-Initiative:

- Die Initiative vernichtet 10'000 Arbeitsplätze und kostet zusätzlich den Steuerzahler 500 Millionen Franken.
- Die Initiative vernichtet oder vertreibt ein Grossteil der Schweizer Wehrindustrie. Das erhöht die Abhängigkeit vom Ausland und würde die Einsatzbereitschaft unsere Armee im Krisenfall erheblich schwächen.
- Die Initiative ist unnötig, da die Schweiz bereits heute europaweit die restriktivste Gesetzgebung und Praxis bezüglich Kriegsmaterialexporte kennt.

Volk und Stände haben mit gutem Grund bereits die erste Exportverbots-Initiative massiv verworfen. Auch die Zweitauflage verdient am 29. November ein klares Nein.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort

Medienkonferenz der Wirtschaft Nein zur GSoA-Initiative vom 29.10.2009

Peter Dietrich, Direktor Swissmem

Gefährdung des Werk- und Denkplatzes Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweiz erlebt die schwerste Krise seit Mitte der siebziger Jahre. Die Finanzkrise hat sich zu einer weltweiten Wirtschaftskrise ausgedehnt. Alle Weltregionen sind gleichzeitig in eine schwere Rezession geraten.

Als stark exportorientierte Nation konnte sich die Schweiz dieser Entwicklung natürlich nicht entziehen. Das Bruttoinlandprodukt wird dieses Jahr um rund 2 Prozent schrumpfen. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor am Steigen und könnte gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft gegen Ende 2010 auf weit über 5 Prozent steigen.

Von der Wirtschaftskrise besonders getroffen wurde die schweizerische Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie), welche im Durchschnitt rund 80 Prozent ihrer Produktion ins Ausland verkauft.

Zwischen Ende 2008 und Mitte 2009 sind in der MEM-Industrie wegen der Krise rund 17'000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Das ist etwa ein Drittel dessen, was zwischen dem Tiefpunkt 2003/04 und Ende 2008 an neuen industriellen Arbeitsplätzen geschaffen werden konnte, als die Stellenzahl von 300'000 auf rund 350'000 gesteigert werden konnte.

Das ist das wirtschaftliche Umfeld, in welchem wir über die GSoA-Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» zu befinden haben. Mit Verlaub: Das Umfeld ist alles andere als geeignet für die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Denn wie wir vorher von Herrn Pascal Gentinetta gehört haben, muss realistischerweise mit einem Verlust von weiteren 10'000 Arbeitsplätzen gerechnet werden. Und da dieses Exportverbot, bei einer Annahme der Initiative, unmittelbar in Kraft treten würde, wäre davon auszugehen, dass der grösste Teil des Arbeitsplatzverlustes wohl bereits 2010 anfallen würde. Als hauptbetroffene Industrie wehren wir uns gegen diesen industriellen Kahlschlag.

Dies aus drei Gründen:

Erstens:

Exportverbot entzieht Existenzgrundlage

Der Schweizer Sicherheits- und Wehrindustrie würde von einem Tag zum anderen der Zugang zu den ausländischen Absatzmärkten komplett verunmöglicht.

Was bleibt, sind die Verkäufe von Rüstungsgütern im Inland. Jedoch, die Produktion von Gütern allein für die Schweizer Armee kann weder einen Produzenten von Rüstungsgütern noch einen Zulieferer so weit auslasten, dass sich die Produktion wirtschaftlich lohnen würde. Der Inlandmarkt ist dazu einfach viel zu klein, und überdies in den letzten Jahren auch kontinuierlich geschrumpft. Ein Exportverbot entzieht diesen Unternehmen damit schlicht ihre Existenzgrundlage.

Das betriebswirtschaftliche Problem liegt darin, dass für die betroffenen Unternehmen eine ungünstigere Kostenstruktur resultiert: Kosten wie für Forschung und Entwicklung oder für kapitalintensive Produktionskapazitäten müssten auf eine geringere Menge verkaufter Produkte umgelegt werden, was die Stückkosten entsprechend verteuert. Die Folge: die betroffenen Unternehmen verlieren an Wettbewerbsfähigkeit. Dies natürlich umso mehr, je höher der Anteil Rüstungsgüter ist, den das betroffene Unternehmen im Ausland absetzt.

So beläuft sich beispielsweise der Exportanteil von Rheinmetall Air Defence (vormals Oerlikon Contraves) auf rund 95 Prozent; bei der MOWAG liegt dieser Wert bei über 80 Prozent, bei der Nitrochemie Wimmis, welche gemeinsam der Rheinmetall Defence und der RUAG Holding gehört, bei rund 75 Prozent. Selbst bei der RUAG, dem industriellen Partner der Schweizer Armee, liegt der Exportanteil noch bei über 50 Prozent.

Da sich eine Reihe der in der Schweiz produzierenden Rüstungsunternehmen im Besitz und damit unter Kontrolle ausländischer Konzerne befindet, liegt es nahe, dass diese Unternehmen bei einer solch massiven Veränderung der Kostenstruktur ihre Produktion ins Ausland verlagern würden.

Zweitens:

Exportverbot trifft nicht nur Rüstungsgüter

In der Initiative werden folgende Güterkategorien explizit genannt und wären damit unmittelbar von einem Exportverbot betroffen:

- Kriegsmaterial wie Waffen und Munition
- Besondere militärische Güter, d.h. Güter, die für militärische Zwecke konzipiert worden sind, aber keine Waffen, Munition oder sonstige Kampf- sowie Gefechtsführungsmittel darstellen, wie beispielsweise Simulatoren oder Navigationsgeräte.
- Immaterialgüter einschliesslich Technologien zur Entwicklung, Herstellung oder Verwendung dieser Güter.

Formal von der Initiative nicht betroffen sind Dual-use-Güter wie beispielsweise Werkzeugmaschinen, welche sowohl zur Herstellung ziviler als auch militärischer Güter verwendet werden können.

Wichtig ist nun zu erkennen, dass von der Initiative indirekt auch ökonomische Auswirkungen auf die Produktion ziviler Güter ausgehen.

Die meisten der betroffenen Unternehmen sind nämlich gar nicht mehr ausschliesslich im Rüstungsgütersegment tätig, sondern produzieren auf ihren Anlagen sowohl für den militärischen als auch für den zivilen Bereich.

Wenn aber das Exportgeschäft für den militärischen Bereich wegfällt, dann bleiben sogenannte Skalenerträge aus. Darunter versteht man den Effekt, dass mit steigender Stückzahl die Produktionskosten pro Stück immer geringer werden. Folglich verteuern sich die Kosten der Produktion der zivilen Güter, weil die nun geringere Menge auf die gleichen Fixkosten umgelegt werden müssen.

Beispielsweise produziert die Firma Vibro-Meter in Freiburg u.a. Messsysteme für Turbinen in Flugzeugen und Hubschraubern. Wenn diese Systeme besonders für militärische Fluggeräte konstruiert werden, dann gelten sie als besondere militärische Güter und wären vom Exportverbot betroffen.

Ein Wegfall des Produktionsvolumens für den militärischen Bereich beeinträchtigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Unternehmens, da die Systeme für zivile Anwendungen ähnlich sind und sich bei ihrer Produktion wichtige Synergien ergeben.

Erschwerend kommt hinzu, dass ein Flugzeughersteller – wovon die meisten sowohl zivile als auch militärische Maschinen produzieren – kaum bereit sein wird, einen Lieferanten zu akzeptieren, der nur die zivilen Maschinen ausrüsten darf.

Von daher kommt auch der Unterschied bei der Zahl der betroffenen Arbeitsplätze. Nimmt man die oftmals genannten 5'000 Arbeitsplätze, dann sind damit die unmittelbar betroffenen Stellen in der Produktion von Rüstungsgütern, also Kriegsmaterial und besondere militärische Güter, gemeint. Berücksichtigt man, konservativ geschätzt, auch die ökonomischen Auswirkungen auf den zivilen Bereich, dann muss realistischerweise mit über 10'000 gefährdeten Arbeitsplätzen gerechnet werden.

Drittens schliesslich:

Exportverbot vermindert Innovationen für zivilen Bereich

Schliesslich hat die Initiative zur Folge, dass wertvolles Know-how verloren geht. Diverse Entwicklungen, die ursprünglich für die Rüstungsindustrie gemacht worden sind, werden heute auch zivil verwendet. Dies hängt damit zusammen, dass an Rüstungsgüter oftmals höhere Material- oder Präzisionsanforderungen sowie Belastungen gestellt werden, die jedoch auch der Produktion ziviler Güter zugute kommen.

Sehr bekannt ist das Beispiel des Airbags, bei welchem die Sprengkapselentwicklung am Anfang einem militärischen Bedürfnis entsprach. Es gibt aber auch weitere:

Von der RUAG werden für das Militär konzipierte Führungssysteme – also Systeme, die Standorte, Fahrzeuge und Personal koordinieren und die gegenseitige Kommunikation sicherstellen – in einer angepassten Version auch für zivile Organisationen wie Polizei und Sanität angeboten. Oder Simulatoren

für die Ausbildung von zivilen Lastwagenfahrern stammen ursprünglich aus der militärischen Entwicklung.

Aus der Entwicklung von Luftabwehrsystemen der in diesem Bereich führenden Rheinmetall Air Defence stammen diverse Innovationen für zivile Applikationen, so zum Beispiel:

- Stative für die Mikrochirurgie, welche höchste mechanische Präzision und Zuverlässigkeit erfordern,
- Strukturen für Satelliten und Nutzlastverkleidungen in der Weltraumtechnik, die aus der Fähigkeit entstanden sind, äusserst leichte und hochfeste Strukturen zu bauen,
- Gasspürgeräte, welche für militärische Zwecke entwickelt worden sind und nun auch für zivile Zwecke im Tunnelbau angewendet werden.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Die Exportverbotsinitiative geht weit über die unmittelbar betroffenen Unternehmen aus der Sicherheits- und Wehrindustrie hinaus. Von einem Ja zur GsoA-Initiative würde nämlich die ganze Industrie und deren Zulieferbetriebe in Mitleidenschaft gezogen. Die Schweiz ist ein ausserordentlich exportorientiertes Land - und im Ausland würde ein solches Exportverbot als negatives Signal zur Kenntnis genommen. Unsere ausländischen Kunden sähen – und leider zu Recht – die Verlässlichkeit in unsere wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen generell in Frage gestellt. Das kann sich unsere Industrie, die 80 Prozent ihrer Produkte im Ausland verkauft, schlicht nicht leisten.

Es ist deshalb klar: Swissmem lehnt die Exportverbots-Initiative entschieden ab.

Pressekonferenz vom 29. Oktober 2009

Es gilt das gesprochene Wort

„Nein zur GSoA-Initiative – Nein zur Arbeitsplatzvernichtung in der KMU-Wirtschaft“

Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Gewerbeverband, als Dachverband der KMU und grösster Wirtschaftsverband des Landes, spricht sich entschieden gegen die volkswirtschaftlich schädliche GSoA-Initiative aus.

Die Exportverbots-Initiative vernichtet nicht nur Tausende von Arbeitsplätzen sondern zerstört auch wertvolles Know-how aus der Wehrtechnik, das für die Gesamtwirtschaft von Nutzen ist. Insgesamt sind mehr als 550 Unternehmen – davon die meisten KMU – in der gesamten Schweiz betroffen. Einzelne Regionen mehr als andere, vor allem Gebirgs- und Randregionen.

Verlust an Arbeitsplätzen und Lehrstellen droht

Das Beispiel der Pilatus Werke zeigt beispielsweise konkret, dass im Kanton Nidwalden wegen der direkten Betroffenheit dieses Flugzeugbauers eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um einen Drittel droht. Pilatus beschäftigt im Zusammenhang mit der Entwicklung, Herstellung, Support und Unterhalt von Trainingsflugzeugen und -Systemen rund 500 Mitarbeitende in Stans. Bei einer Annahme der Exportverbotsinitiative müssten diese Arbeitsplätze sofort weitestgehend abgebaut werden (ca. 40% der Belegschaft), da unmittelbar nach der Annahme der Initiative weder Flugzeuge, Ersatzteile noch irgendwelche andere Dienstleistungen inklusive dem Transfer von Geistigem Eigentum weiter exportiert werden dürften.

Gleichzeitig müssten hunderte von Millionen, welche in die Entwicklung des PC-21 sowie Weiterentwicklungen für andere Trainingsflugzeuge investiert wurden, abgeschrieben werden. Ebenso würde das Ersatzteillager im Umfang von rund 100 Millionen Franken wertlos. Hinzu kommt, dass infolge der reduzierten Arbeitsleistung bei praktisch gleichbleibenden Fixkosten die Herstellkosten für das PC-12 Programm massiv steigen würden (negative Skaleneffekte).

Gegenwärtig bilden die Pilatus Werke 100 Lernende aus. Dass bei einem so einschneidenden Arbeitsplatzabbau auch die Lehrstellen reduziert werden müssten, versteht sich von selbst. Zusätzlich zu den quantifizierbaren Schäden müsste mit zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bezifferbaren Schadenersatzforderungen wegen Nichterfüllung von langfristigen Liefer- und Supportverträgen gerechnet werden. Nicht zu unterschätzen wäre auch der Imageschaden für Pilatus und die gesamte Schweizer Wirtschaft. Pilatus müsste bei einer Annahme der Initiative einen Schaden von insgesamt mehreren hundert Millionen Franken hinnehmen. Da würden vermutlich die vom Bund in Aussicht gestellten 500 Millionen Franken gerade einmal knapp für Pilatus ausreichen. Und Konversion wäre dann noch keine gemacht.

KMU-Wirtschaft insgesamt betroffen

Ähnlich dramatisch präsentiert sich die Lage auch im Kanton Thurgau im Fall der Mowag GmbH. Dort wäre mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um einen Viertel zu rechnen und es gingen auf einen Schlag 850 Arbeitsplätze und 65 Lehrlings- und Praktikumsstellen verloren sowie in der Schweiz vergebene Drittaufträge an rund 130 Schweizer KMU-Firmen (auch für Dienstleistungen) in der Grössenordnung von 100 Millionen Franken.

Bei einer Annahme der Initiative sind zudem auch negative Auswirkungen auf andere lokale Gewerbebetriebe zu erwarten, die nichts mit Rüstungsgütern zu tun haben und die andere Produkte oder Dienstleistungen anbieten, die künftig weniger nachgefragt würden. Ausserdem dürfte eine erhebliche Anzahl weiterer Lehrstellen verloren gehen und damit dem Werkplatz Schweiz zusätzlicher Schaden erwachsen.

Die Initiative trifft nicht nur bekannte Rüstungsfirmen sondern auch zahlreiche KMU. Der Gewinn an ziviler Technologie aus den High-Tech-Bereichen der Rüstung ist beträchtlich. Heute alltägliche Produkte wie Radar, Funktechnik, Düsenantrieb oder GPS-Geräte wurden ursprünglich für militärische Anwendungen entwickelt. Derartiger Know-how-Transfer ginge der Schweizer KMU-Wirtschaft bei einer Annahme der GSoA-Initiative für immer verloren.

Zahlreiche in der Schweiz tätige Unternehmen die als mittelständische Zulieferer von Rüstungsfirmen dienen, wären betroffen. Sei es, dass sie Teile im Informatik- oder EDV-Bereich herstellen oder Komponenten mechanischer oder elektronischer Einzelteile, die beispielsweise generell für den Fahrzeugbau benötigt werden.

Fatale Auswirkungen auf die KMU-Wirtschaft

Die Exportverbots-Initiative der GSoA ist aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen abzulehnen, zumal die bestehenden Gesetzesgrundlagen und Exportkontrollen ausreichen, um unerwünschte Exporte zu verhindern. Aus Sicht der schweizerischen KMU-Wirtschaft gilt es insbesondere darauf hinzuweisen, dass

- nebst der an sich schon schwierigen Konjunkturlage mit der Exportverbots-Initiative der GSoA insbesondere in Rand- und Gebirgsregionen ein nicht akzeptabler Verlust an hochqualifizierten Arbeitsplätzen und Lehrstellen droht.
- mit der Annahme der Exportverbots-Initiative der GSoA wertvolle Technologiekompetenzen verloren gehen, die sich auf zahlreiche zivile Produkte übertragen lassen und damit auch der KMU-Wirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit verloren gehen.
- zahlreiche lokale Gewerbebetriebe und KMU als Zulieferanten direkt oder indirekt durch wegfallende Umsatzanteile betroffen sind und inakzeptable Einbussen erleiden.

Ausserdem ist zu befürchten, dass bei Annahme der Initiative der Schweizer Wirtschaft insgesamt ein Reputationsschaden zugefügt und die Schweizer Verlässlichkeit im Ausland künftig in Frage gestellt würde. Kurz: Diese Initiative ist aus Sicht des Werk- und Ausbildungsplatzes Schweiz klar abzulehnen.

Es gilt das gesprochene Wort

Pressekonferenz „NEIN zur GSoA-Initiative“ vom 29.10.09

Ulrich Schürch, Präsident GRPM

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Groupe Romand pour le Matériel de Défense et de Sécurité (GRPM), eine Vereinigung von Unternehmen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich, verfolgt für ihre Mitglieder folgende Ziele:

- eine Kontaktplattform und ein Kompetenznetz zwischen den grossen Auftraggebern und Lieferanten von Gütern und Dienstleistungen in der gesamten Wertschöpfungskette bilden;
- Unternehmen mit ergänzenden Interessen zu Gruppen zusammenführen;
- politische Unterstützung (Bund, Kantone und Gemeinden) für die Förderung der gemeinsamen Interessen der Mitglieder erzielen;
- Zugang zu Information über die Kompensationsaufträge in der Schweiz und im Ausland erhalten.

Die nicht gewinnorientierte Vereinigung GRPM fördert mit ihren Massnahmen die Innovation und trägt zur Entwicklung und Erhaltung von Arbeitsplätzen mit hohen Qualifikationsanforderungen bei.

Die GRPM zählt heute über 45 Mitglieder.

Mit anderen Worten verfolgt die GRPM das Ziel, den Unternehmen der Westschweiz Zugang zu den (direkten und indirekten) Beteiligungsaufträgen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich zu verschaffen. Diese Aufträge werden in etwa zu 70 Prozent auf die Deutschschweiz und 30 Prozent auf die Westschweiz aufgeteilt.

Wie Sie wissen, haben diese Beteiligungsaufträge eine wesentliche Hebelwirkung für die Entwicklung der KMU. Sie sind ein Instrument für die Ausschöpfung des Potenzials der schweizerischen Industrie und ermöglichen es, mit grossen ausländischen Unternehmen (auf der Grundlage der Vertragsvereinbarungen) neue Beziehungen zu knüpfen. Ich möchte Ihnen als konkretes Beispiel das Unternehmen System Assembling SA in Boudry vorstellen.

Fall von System Assembling SA vorstellen (wo 30 Arbeitsplätze gefährdet sind).

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hat am 21. September 2007 die Initiative für ein Kriegsmaterialverbot eingereicht. Die Initiative fordert das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial, besonderen militärischen Gütern (wie Trainingsflugzeuge und Simulatoren) und von damit zusammen hängenden

Immaterialgütern. Die Vermittlung von und der Handel mit diesen Gütern würden ebenfalls verboten, falls sich der Empfänger im Ausland befindet. Dagegen würden Sport- und Jagdwaffen, Geräte zur humanitären Entminung sowie Güter, die nur temporär von den schweizerischen Behörden exportiert werden, vom Verbot ausgenommen. Ferner fordert der Initiativtext vom Bund, internationale Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu unterstützen.

Als flankierende Massnahme sieht die Volksinitiative vor, dass der Bund während höchstens zehn Jahren von den Verboten betroffene Regionen und Beschäftigte unterstützt.

Ein Ja zur Volksinitiative würde der Schweizer Rüstungsindustrie die Existenzgrundlage entziehen, weil eine wirtschaftlich tragfähige Produktion generell vom Zugang zu den Exportmärkten abhängt.

Die Schliessung von Unternehmen der Branche oder die Verlegung ins Ausland würde nicht nur das Know-how der schweizerischen Industriebasis aushöhlen, sondern auch die nationale Sicherheit in Frage stellen. Für die Rüstungskäufe würde die Schweiz in eine einseitige Abhängigkeit von anderen Staaten geraten; dabei ist zu bedenken, dass im Krisenfall die Bedürfnisse eines neutralen Staates wie der Schweiz nicht prioritär gedeckt würden.

Angesichts der geografischen Konzentration der Rüstungsindustrie hätte die Annahme der Initiative besonders auf regionaler Ebene gravierende wirtschaftliche Konsequenzen. Das Berner Oberland, das Umland der Städte Emmen, Stans oder Kreuzlingen, aber auch Zürich und die Westschweiz würden getroffen. In der ganzen Schweiz wären über 10 000 Arbeitsplätze gefährdet, davon 3 000 in der Romandie.

Die im Initiativtext vorgesehene Unterstützung während zehn Jahren könnte kombiniert mit den Ausfällen an Steuern und Sozialabgaben dem Bund Kosten von über einer halben Milliarde Franken aufbürden.

Der Bundesrat lehnt die Initiative ohne Gegenentwurf ab. Dagegen hat der Bundesrat die Bewilligungskriterien für Kriegsmaterialexporte näher umrissen. Die Förderung von Sicherheit und Frieden in der Welt, die Achtung der Menschenrechte und die Erhöhung des Wohlstands stellen vorrangige Ziele der schweizerischen Aussenpolitik dar. Die Politik im Bereich des Exports von Militärausrüstungsgütern muss diese Ziele berücksichtigen, soll aber auch der Verteidigung und der Sicherheit des Landes sowie den wirtschaftlichen Aspekten (Beschäftigung, Spitzentechnologie, Forschung) Rechnung tragen. Die Gesetze über Kriegsmaterial und Rüstungsgüterkontrolle sowie die - verglichen mit anderen Staaten - heute geltende restriktive Praxis bringt zudem die z.T. gegensätzlichen Interessen unter einen Hut. Aus diesem Grund appelliere ich an Sie, die Initiative abzulehnen. Es geht um die Zukunft der Schweizer Armee und um die Zukunft von 10 000 Arbeitsplätzen in der Schweiz.